

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Richard Schönbach.
Verlags- und Geschäftsnummer 25 241
Kurs für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr bei wöchentlicher Lieferung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 210.—
Einzelnnummer M. 10.—, Sonntagsausgabe M. 12.—.
Anzeigen-Preise. Die Spalten 3 mm breite Seite M. 25.—, oberhalb 60 Zeilen M. 30.—, Familien-
anzeigen und Geschäftsstellen unter Weglassung jeder weiteren Zeile M. 15.—.
Groszgebühren laut Tarif. Unvollständige Anzeigen werden nicht aufbewahrt.

Schreib- und Kunstschreibmaschinen
Mercedesstraße 38/40.
Druck u. Verlag von "Epta & Reichardt" in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Dauerbrandöfen
Reiche Auswahl
Transportable Herde — Promethus-Gaskocher
Florian Czoekerts Nachfolger
Töpferstraße 9, 13, 15
Fernsprecher 25401

Einblattement 1. Rang — Original amerik. Bar
erstklassige warme und kalte Küche
Excelsior Diele
Seestraße 7
Konzerte Josha Lakatos, ungar. Kapellmeister, u. Cymbalistens.
zum 5-Uhr-Tea und abends

Bücher · Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Hast Du Augengläser nötig, gehe zu Gebrüder Roettig, Dresden = A. Prager Straße 23

Die Neuregelung der deutschen Zahlungen.

Die drei Hauptpunkte des Bradburn-Planes
(Eigener Drahtbericht der "Dresdner Nachrichten".)
Paris, 14. Okt. Der "Paris Herald" glaubt zu wissen, daß das Projekt Bradburns folgende drei Punkte enthalte: 1. Während fünf Jahren werden die deutschen Zahlungen in bar unterdrückt und durch Wechsel ersetzt, die den internationalen Gläubigern überreicht werden, die abdam diese Wechsel durch die ihnen zur Verfügung gehaltenen Mittel zu disponieren haben. 2. Hinsichtlich der deutschen Zahlungen in natura wird Deutschland Wechsel ausgeben, die von den Ländern ausgenommen werden sollen, welche Lieferungen in natura erhalten; Deutschland seinerseits wird diese Wechsel durch Banknoten im Ausland disponieren lassen, so daß die deutschen Fabriken in fremden Gebieten bezahlen können, ohne daß eine neue Inflation nötig wäre. 3. Um die Markt zu stabilisieren, würde man beschließen, die Anwendung der Papiermark im Auslandseinsatz Deutschlands einzuschränken und durch die Goldmark zu ersetzen. Es handelt sich einerseits darum, Deutschland aller Zahlungen in bar zu entheben, und zwar während fünf Jahren, und andererseits die Papiermark durch die Goldmark in der Mehrzahl der Transaktionen zu ersetzen. Die anderen Finanzminister heftigen, daß das Bradburn-Projekt ein Vorstadium von fünf Jahren enthält.

Könne zu diesem Ziele führen. Damit sie mit Erfolg ausgelegt werde, müsse der Jenseitigen durch die deutschen Einkünfte garantiert werden. Die französische Delegation werde als Pfand hierfür die Vorkommnisse des Reiches und die indirekten Steuern vorklagen. Das Blatt nennt diese Angaben unvollständig. Denn wenn der französische Plan nicht von einer Liquidation der interalliierten Schulden ausgehe, um sodann zur Emission eines gesunden Geldes in Deutschland zu führen, werde er praktisch wertlos bleiben.

Abbruch der Ausgleichsverhandlungen.
Die Unmöglichkeit deutscher Zahlungen.
Berlin, 14. Okt. Die Ausgleichsverhandlungen, die in Berlin geführt werden, sind zu einem gewissen Abbruch gelangt. Es läßt sich daraus schon jetzt erkennen, daß die Reichsregierung kaum in der Lage sein wird, die Zahlungen zu leisten. Das Sinken der Markt hat bewirkt, daß die Summe der Reparationszahlungen bereits überschritten.

Die Begründung des Verbots des Sündenbursfilms.

(Eigener Drahtbericht aus Berlin.)
Berlin, 14. Okt. Im Auftrag des Reichsministers des Innern hat die Stadt Königsberg anlässlich des Besuchs Generalleutnants v. Hindenburg in diesem Jahre in Ostpreußen einen Film hergestellt, in dem die Ereignisse der Sündenburs-Reise gezeigt werden sollten. Außerdem sollte dieser Film durch Aufnahmen der bedeutendsten Baudenkmäler und einzelner Bilder aus dem Wiederaufbaubereich eine Propaganda für Ostpreußen werden. Der Film sollte die übliche reichsdeutsche Bevölkerung darauf aufmerksam machen, wie Ostpreußen, das abgetrennte und bedrohte Reichsland, treu zum Reiches hält. Die Filmoberprüfungskommission hat nunmehr die Vorführung dieses Films für das Reich verboten und nur für Ostpreußen, Preußen und Verbänden, die sich die Pflege der Heimatliebe zur Aufgabe gestellt haben, in geschlossenen Gesellschaften erlaubt. Zu dem Verbot wird ausgeführt: Die Darstellung älterer Preußen mit veralteten und daher vom Feindbund erlaubten Ausrüstungsgegenständen wäre geeignet, Deutschland Beziehungen zum Ausland zu gefährden. Ein Bild zeigt Hindenburg mit zwei Kadetten. Hierzu wird der Einwand erhoben, die Entente könne den Eindruck erhalten, als würden in Deutschland noch Rekruteneinziehungen vorgenommen. In einem Zwischenspieler des Films ist der Name Ludendorff zu lesen. Der Vertreter des Reichskommissars für öffentliche Ordnung erhob hiergegen Einspruch, weil gewisse Kreise des Volkes dadurch in Erregung gesetzt werden könnten. In dem Film wird auch der Name v. d. Goltz genannt. Ein Sachverständiger erhob Bedenken gegen die Nennung dieses Namens, des Gegenrevolutionärs und Vorkämpfers. Tatsächlich handelt es sich gar nicht um den bekannten General, sondern um die Familie v. d. Goltz-Kalldam, die der Feldmarschall befehligt hat.

Naturalbesteuerung der Landwirtschaft?

Je tiefer unter Volk in das alltagsnahe Meer der Sorge und Not hinabsinkt, je schwieriger seine Ernährungslage wird, desto freudiger verdient es beachtet zu werden, wenn von irgendeiner berufenen Seite Gedanken zur Erleichterung gestellt werden, die dazu ansetzen, unsere Kampf gegen das wirtschaftliche Elend erfolgreich zu gestalten. Freilich Gedanken und Pläne tun's allein nicht, und es ist unbedingt erforderlich, daß ihrem wertvollen Teile durch die verantwortlichen Stellen raschere Förderung und zeitvollere Behandlung zu teil wird, als es bisher bei uns üblich gewesen ist. Wir denken hierbei an das Hilfswort der Landwirtschaft, das zu Anfang dieses Jahres der Regierung vom deutschen Bauernbunde angeboten wurde und dessen Durchführung zweifellos für die Finanzen des Reiches und die Sicherstellung der Volksernährung von großer Bedeutung gewesen wäre. Daß die sorgfältigen Erwägungen des Reichslandbundes keine Verwirklichung fanden, kann den Landwirten nicht zum Vorwurf gemacht werden. Die Schuld hierfür liegt einzig und allein bei der Reichsleitung und den Parlamenten, die sich nicht dazu herbeilassen konnten, der Durchsetzung des Hilfswortes den Boden zu bereiten. Ein Gutes haben die Ideen und Vorschläge der landwirtschaftlichen Führer gehabt, obwohl sie an der passiven Haltung der Volksvertretungen scheiterten und im Sande verlaufen mußten. Sie haben die Wichtigkeit des Vieles, unter Volk aus eigener Kraft zu erhalten und zu ernähren, in das rechte Licht gerückt und einen Anstoß zu allerhand Bestrebungen gegeben, diesem Problem in seinen Möglichkeiten weiter nachzugehen. So ist denn auch vor kürzlicher Zeit ein neuer Vorschlag aufgetaucht, der letzten Endes in demselben Gedanken abspitzt, wie das landwirtschaftliche Hilfswort, die Volksernährung auf eigene Füße zu stellen und den Reich die unangehören Ausgaben für die Getreideeinfuhr zu ersparen. Es ist der Plan der Einführung einer Naturalwertrente, den der oldenburgische Ministerpräsident Tanzen auf der Reichskonferenz der demokratischen Minister entwickelte.

Das Tanzensche Projekt, das volle Beachtung verdient, unterscheidet sich, wie gesagt, in seinem Inhalt so gut wie nicht vom Zweck des landwirtschaftlichen Hilfswortes. Nur andere Wege sind es, die der oldenburgische Staatschef einzuschlagen ansetzt. Er will die Kultivierung des Bodens in intensiver Form nicht durch staatliche Unterstützungen, die den Landwirten nach dem Plane des Hilfswortes zur Verfügung gestellt werden sollten, gewährleistet wissen, sondern gewissermaßen durch einen indirekten Anreiz zu tieferer und intensiver Bodenbearbeitung, den er den Landwirten durch die Einführung einer Naturalwertrente zu vermitteln hofft. Es ist doch zweifellos richtig, daß die Landwirtschaft unter den Zwangsverhältnissen der letzten Jahre schwer zu leiden hatte, und daß sie durch die Unklarheiten, die sich mit jeder Umlage bei den üblich gewordenen Geldwertveränderungen hinsichtlich der zu erwartenden Umlagepreise erachen noch heute stark beeinträchtigt und am Ertrag ihrer Leistungen immer mehr desinteressiert wird. Wie, wenn man diese produktionshemmenden Momente dadurch ausschaltete, daß man den Landwirten ein für alle Male von reichswesen klipp und klar sagt, was sie je nach der Beschaffenheit des von ihnen bewirtschafteten Bodens unter Einrechnung ihrer freiwilligen Verpflichtungen für den Staat zu leisten haben? Das würde sie von der Sorge um die unerwünschten Abgaben der Umlage befreien, und sie bei einer sachverständigen und billigen Berechnung der bisherigen Sonderbesteuerung entheben. Sie würden, um genauer mit den Vorschlägen Tanzens zu sprechen, ihren Boden nach der Qualität in Klassen eingeteilt sehen, und jede Klasse würde an Stelle sämtlicher Grund-, Vermögens- und Einkommensteuern zur Ablieferung des Wertes einer nach Dektar bestimmten festem Naturalmenge verpflichtet werden, oder, was so ganz gleichgültig ist, zur Ablieferung dieser Naturalmenge selbst. Alles, was der Landwirt über das, wie gesagt, klipp und nach der Belastung der übrigen Bevölkerungsbilgien sich richtende Steuerfoll aus seinem Boden herauszuschaffen würde, würde ihm zu freier Verfügung und beliebiger Verwendung bleiben. Es dürfte wohl unumwiderrprochen bleiben müssen, daß gerade dieses absolute Verfügungsrecht über den Hauptteil seiner Bodenerträge den Landwirt zu intensiver Bewirtschaftung anspornen würde, und daß damit das eigene Ziel der Landwirtschaft, dessen Möglichkeit gelegentlich der Vorbereitungen zum Hilfswort rednerisch erwiesen wurde, nämlich die Sicherstellung der Volksernährung durch höchste Bodenkultur, einen guten Schritt vorwärts getragen werden würde. Die Vorteile, die sich Tanzen nach runder Schätzung für die Volksernährung und das Staatsbudget errechnet, wären bei der Durchführung dieser Naturalwertrente außerordentlich hoch. Unter Zugrundelegung des Brotgetreidepreises beispielsweise für 1920 kommt er bei einer Abgabe im Werte von zwei Doppeldektaren je Dektar zu einer Summe von 60 008 882 000 M.

Türkischer Rückzug aus der neutralen Zone. Ein türkisches Versehen.

(Eigener Drahtbericht der "Dresdner Nachrichten".)
London, 14. Okt. Der Korrespondent der "Times" in Konstantinopel teilt mit, daß der Kommandant der 4000 türkischen Reiter, die in der neutralen Zone von Jambid eingedrungen sind, sich bei den englischen Behörden entschuldigt haben. Er erklärt, daß er die neutrale Zone überschritten habe, ohne es zu wissen, da er feldmäßig die Absicht hatte, die neutrale Zone zu verlassen. Der Korrespondent fügt hinzu, daß die Abgrenzung der neutralen Zone voraussichtlich Sonntag beginnen werde. Eine Reitermeldung aus Konstantinopel teilt mit, daß die türkischen Truppen, die sich in der Gegend von Tschanaq befinden, eine rückwärtige Bewegung begonnen haben, so daß die Evakuierung der neutralen Zone sich zu verwirklichen beginnt. Die alliierten Kommissare und Generale seien gestern zusammengetreten, um das Problem der Räumung Thrakiens zu prüfen. Der Korrespondent glaubt zu wissen, daß in dieser Sitzung beschlossen wurde, drei französische Bataillone, drei englische und ein italienisches nach Thrakien zu entsenden, um die Räumung zu überwachen. Auch in den Vereinigten Staaten wächst das Interesse an den Dingen im nahen Orient. Auch hier steht die Meerengenfrage im Mittelpunkt der Debatte. Der Washingtoner Korrespondent der "Times" bespricht in einem langen Bericht die Frage einer Teilnahme Amerikas an der Friedenskonferenz. Er gibt zu, daß in den letzten Tagen eine Änderung in der Meinung der Regierung eingetreten sei. Vor vier Tagen sei höchstens von einem gewissen Interesse der Vereinigten Staaten an einer dergleichen Konferenz die Rede gewesen, aber heute könne man schon von der Möglichkeit der Teilnahme sprechen, allerdings unter der Bedingung, daß die Frage der Meerengen ganz allein besprochen wird. Die Frage, die man sich vorlegen müsse, sei die, ob die öffentliche Meinung in Amerika die

Frage der Dardanellen anders ansehe als andere europäische Fragen, in die man sich nicht einmischen wolle. Dieser Moment sei jetzt eingetreten. Die Frage sei nur, ob der Präsident und sein Staatssekretär auch überzeugt seien, daß die öffentliche Meinung wirklich reif für die Teilnahme der Vereinigten Staaten sei. Demnach scheint hier noch nicht das letzte Wort gesprochen zu sein. Möglicherweise, daß das Interesse an den Meerengen die sonstige Politik der Zurückhaltung durchbrechen wird.

Besserung der Lage.
London, 14. Oktober. Einer Reitermeldung aus Konstantinopel zufolge verbesserte sich nach den abends vorliegenden Nachrichten die Lage etwas. Die türkische Reiter, die den Dardanelles überschritten hatte, zieht sich jenseits der Demarkationslinie zurück.

Griechische Annahme des Abkommens von Rudania.
Athen, 14. Okt. Die Regierung hat das Abkommen von Rudania angenommen.

Englische Beschwerde gegen die Ausländergebühren.

Berlin, 14. Okt. Die Gebühren, die in den verschiedenen deutschen Staaten den Ausländern für die Erlangung der Aufenthaltsgenehmigung auferlegt werden, haben zu Vorkerklungen bei den deutschen Behörden durch die englische Regierung geführt. Das englische Auswärtige Amt steht darin einen Verstoß gegen den Freieinwanderungsvertrag. Die Beschwerde bildet zurzeit den Gegenstand der Beratung bei den zuständigen Stellen in Berlin.

Dollar (Amtlich): 2725